

ESV

Das Recht der Personalvertretung in Berlin

von

Johann Weber

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin a. D.

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 14447 1](http://ESV.info/978_3_503_14447_1)

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 14447 1
eBook: ISBN 978 3 503 15423 4

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2013
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der
Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: Jung Crossmedia, Lahnau
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Durch das Mitbestimmungsrecht wird das Zusammenwirken der Personalvertretungen und der Dienststellenleiter geregelt. In vielen Bereichen sind einseitige Personalentscheidungen durch die Dienststelle ausgeschlossen. Dies mag in Einzelfällen dazu führen, dass Entscheidungsprozesse etwas länger dauern. Dadurch, dass Bedienstete durch ihre Personalvertretung in einem geregelten Verfahren an vielen Entscheidungen der Dienststellenleiter zu beteiligen sind, wird aber andererseits sowohl ihr Schutz als auch ihre Mitverantwortung gestärkt. Insgesamt dürfte dies zu einer höheren Effektivität der Verwaltung führen – zum Wohle der Bürger, die auf die Dienstleistung von Behörden angewiesen sind.

Personalräte und Dienststellenleiter sind häufig keine Juristen. Das Buch soll ihnen und Personen, die nicht täglich mit dem Personalvertretungsrecht zu tun haben, eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes bieten. Daher stelle ich insbesondere beim organisatorischen Teil die Vorschriften in ihrem Sachzusammenhang vor, während ich mich in dem Teil, der die Mitwirkung regelt, dem Aufbau eines Kommentars annähere, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Ich habe vielmehr insbesondere die Fragen ausführlicher bearbeitet, die sich in meiner Tätigkeit als Richter am Verwaltungsgericht häufig stellten und die in von mir geleiteten Seminaren zum Personalvertretungsrecht aufgeworfen worden sind. Beispielsfälle zu den jeweiligen Normen machen rechtliche Ausführungen sicher verständlicher. Soweit Begriffe des Beamtenrechts bei der Auslegung des Personalvertretungsrechts eine Rolle spielen, habe ich diese in den entsprechenden beamtenrechtlichen Zusammenhang gestellt und erläutert.

Ich bin immer vorrangig von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts ausgegangen und habe die Entscheidungen dieser Gerichte jeweils mit Fundstellen zitiert, um gegebenenfalls ein vertieftes Studium zu ermöglichen und auch Fachleuten eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben. Ich habe die Entscheidungen zum Teil in den Formulierungen wörtlich übernommen, um die Lesbarkeit zu erleichtern, jedoch darauf verzichtet, dies jeweils zu kennzeichnen. Soweit die Beschlüsse in den Zeitschriften „Der Personalrat“ oder „Die Personalvertretung“ veröffentlicht worden sind, ist dies angegeben. Im Übrigen können die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts im Internet unter „www.bverwg.de“ und die des Bundesarbeitsgerichts unter „www.bundesarbeitsgericht.de“ abgefragt werden. Daneben habe ich auch auf die obergerichtliche Rechtsprechung insbesondere des Obergerichtspräsidenten des Obergerichtspräsidenten Berlin-Brandenburg und Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Berlin hinge-

wiesen. Damit soll die Möglichkeit eröffnet werden, Entscheidungen nachzulesen, bei denen die Aufbereitung des Sachverhalts deutlicher wird. Diese Entscheidungen können schriftlich bei dem jeweiligen Gericht angefordert werden. Weitere Entscheidungen zum Personalvertretungsgesetz Berlin sind in dem kostenpflichtigen „Personalvertretungsrechtlichen Informationssystem“ (www.persvgis.de) gesammelt.

Zusätzliche Auskunft zu Rechtsfragen können eventuell auch die zum Berliner Personalvertretungsrecht erschienenen Kommentare geben.

Die Rechtsprechung ist bis März 2013 berücksichtigt.

Für Kritik, Anregungen, Hinweise und Anmerkungen an die Mailadresse Weber.PersVG@outlook.com bin ich dankbar.

Berlin, im März 2013

Johann Weber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	17
Personalvertretungsrecht	21
A. Einleitung	21
I. Geschichtliche Entwicklung	21
II. Rechtliche Grundlagen	21
III. Umgang mit dem Gesetz	22
B. Geltungsbereich des Gesetzes	25
I. Der räumliche Geltungsbereich (§ 1 PersVG)	25
II. Der persönliche Geltungsbereich	25
1. Arbeitnehmer (§ 4 Abs. 1 PersVG)	26
2. Beamte (§ 4 Abs. 2 PersVG)	27
3. Zur Berufsausbildung Beschäftigte (§ 3 Abs. 1 PersVG)	27
4. Teilzeit- und kurzfristig Beschäftigte	27
5. Sonstige Personen	28
III. Grundsätze	28
1. Gebot zur vertrauensvollen Zusammenarbeit (§ 2 Abs. 1 PersVG)	28
2. Aufgaben der Gewerkschaften (§ 2 Abs. 2 bis 4 PersVG)	28
3. Friedenspflicht (§ 70 Abs. 2 und 3 PersVG)	29
IV. Dienststellen (§§ 5 und 6 PersVG)	29
1. Dienststellen	29
2. Verbindung oder Trennung von Dienststellen	30
V. Dienstbehörde/Oberste Dienstbehörde (§§ 7 und 8 PersVG)	31
VI. Vertretung	31
C. Die Gremien	33
I. Der Personalrat	33
1. Bildung des Personalrats	33
2. Wahlen	33
a. Aktives Wahlrecht (§ 12 PersVG)	33
b. Passives Wahlrecht (§ 13 PersVG)	33
c. Größe des Personalrats (§ 14 PersVG)	34
d. Gruppenvertretung (§ 15 PersVG)	34

3.	Wahlvorgang (§ 16 PersVG, § 15 WO)	35
a.	Geheime und unmittelbare Wahl	35
b.	Gruppenwahl/Gemeinsame Wahl	35
c.	Wahlvorschläge	35
d.	Durchführung der Wahl	36
e.	Wahlvorstand	37
f.	Offenkundige Mängel im Wahlverfahren	38
g.	Behinderung der Wahl (§ 20 PersVG)	38
4.	Wahlanfechtung (§ 22 PersVG)	39
a.	Anfechtungsberechtigte	39
aa.	Anzahl der Anfechtungsberechtigten	39
bb.	Gewerkschaft	40
b.	Anfechtungsfrist	40
c.	Nichtigkeit	41
d.	Beschränkung der Wahlanfechtung	41
e.	Anfechtungsrügen	42
f.	Relevanz der Wahlfehler	43
g.	Kosten	43
h.	Auswirkung der Anfechtung	43
i.	Wiederholungswahl	44
5.	Ende der Wahl	44
6.	Amtszeit	44
7.	Neuwahlen	45
a.	Veränderung der Zahl der Beschäftigten (§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 PersVG)	45
b.	Absinken der Mitglieder des Personalrats (§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 PersVG)	45
c.	Rücktritt (§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 PersVG)	45
d.	Auflösung (§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 PersVG)	46
e.	Kein Personalrat besteht (§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 PersVG)	46
f.	Zusammenschluss von Dienststellen (§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 PersVG)	46
8.	Auswirkung der Neuwahlgründe	46
II.	Beendigung der Personalratstätigkeit	47
1.	Ausschluss (§ 25 Abs. 1 PersVG).	47
a.	Antragstellung	47
b.	Ausschlussgrund	47
c.	Schuldhaftes Verhalten	48
d.	Grobe Pflichtverletzung	49
2.	Erlöschen der Mitgliedschaft (§ 26 PersVG)	49
a.	Mit Ablauf der Amtszeit (Nr. 1).	49
b.	Mit Niederlegung des Amtes (Nr. 2)	49

	c.	Mit Beendigung des Dienstverhältnisses (Nr. 3)	49
	d.	Mit dem Ausscheiden aus der Dienststelle (Nr. 4)	50
	e.	Mit dem Verlust der Wählbarkeit (Nr. 5)	51
	f.	Mit einer gerichtlichen Entscheidung (Nr. 6)	52
	g.	Mit der nachträglichen Feststellung des anfänglichen Fehlens der Wählbarkeitsvoraussetzung (Nr. 7)	52
	3.	Ruhen der Mitgliedschaft (§ 27 PersVG)	52
	4.	Ersatzmitglieder (§ 28 PersVG)	52
III.		Organe	53
	1.	Der Vorstand (§ 29 Abs. 1 PersVG)	53
	2.	Der Vorsitzende	54
	3.	Anfechtung der Wahl	54
	4.	Laufende Geschäfte	54
IV.		Sitzungen des Personalrats (§ 31 PersVG)	54
	1.	Ladung (§ 30 PersVG)	54
		a. Ladung der Mitglieder	55
		b. Frist für die Ladung	55
		c. Tagesordnung	55
	2.	Öffentlichkeit (§ 31 PersVG)	57
	3.	Beschlussfassung (§ 32 PersVG)	57
		a. Mehrheit	57
		b. Erneute Beschlussfassung	57
		c. Gruppenprinzip	58
		d. Stimmrecht der JAV	58
		e. Aufschieben der Beschlusswirkung	58
		f. Wirksamkeit von Beschlüssen	59
	4.	Niederschrift (§ 37 PersVG)	59
V.		Geschäftsführung	60
	1.	Geschäftsordnung (§ 38 PersVG)	60
	2.	Sprechstunden und Bekanntmachungen (§ 39 PersVG)	60
VI.		Geschäftsbedarf (§ 40 PersVG)	61
	1.	Kostentragungspflicht	61
	2.	Büroausstattung	61
	3.	Kosten eines Rechtsanwalts	62
		a. Beschluss	62
		b. Gerichtliches Verfahren	63
		c. Rechtsberatung bei Kündigung	63
		d. Allgemeine Rechtsberatung	64
		e. Anwaltliche Vergütung	65
		f. Sachverständiger	65
VII.		Stellung der Mitglieder des Personalrats	65

1.	Verhältnis von Personalratstätigkeit und dienstlicher Tätigkeit (§ 42 PersVG)	65
2.	Schulung (§ 42 Abs. 3 PersVG)	67
	a. Vermittlung von notwendigen Kenntnissen	67
	b. Kosten der Schulung	68
	c. Schulung von Ersatzmitgliedern	69
3.	Schulungen und Bildungsveranstaltungen (§ 42 Abs. 4 PersVG)	69
4.	Freistellungen (§ 43 PersVG)	70
	a. Freizustellende Personen	70
	b. Freistellung von Gruppenangehörigen	71
	c. Verzicht auf Freistellung	71
	d. Verbot der Benachteiligung	71
	aa. Vergütung	72
	bb. Beruflicher Werdegang	72
VIII.	Schutz der Personalratsmitglieder (§ 44 PersVG)	73
1.	Außerordentliche Kündigung (§ 108 BPersVG, § 44 PersVG)	73
	a. Schutzbereich	73
	b. Voraussetzungen	73
	c. Dauer des Schutzes	75
	d. Zustimmung des Personalrats	75
	e. Ersetzung der Zustimmung	76
2.	Versetzung, Abordnung und Umsetzung	76
IX.	Personalversammlung (§§ 45 bis 49 PersVG)	77
1.	Zeitpunkt und Art der Versammlung	77
2.	Teilnehmer der Personalversammlung	78
3.	Vergütung	79
4.	Leitung der Personalversammlung	79
5.	Gegenstand der Personalversammlung	79
X.	Sonstige Gremien der Personalvertretung	79
1.	Gesamtpersonalrat (§ 50 PersVG)	79
	a. Bildung der Gesamtpersonalräte	79
	b. Wahl der Gesamtpersonalräte	80
	c. Amtszeit und Geschäftsführung	80
	d. Freistellung	80
	e. Aufgaben des Gesamtpersonalrats (§ 54 PersVG)	81
2.	Hauptpersonalrat (§ 55 PersVG)	81
	a. Bildung und Wahl des Hauptpersonalrats	81
	b. Amtszeit und Geschäftsführung	81
	c. Zuständigkeit (§ 59 PersVG)	82
3.	Jugend- und Auszubildendenvertretung (§ 60 PersVG)	82
	a. Bildung der JAV	82
	b. Größe und Zusammensetzung der JAV	82

c.	Wahl der JAV	83
aa.	Wahlberechtigte zur JAV	83
bb.	Wahlvorgang	83
d.	Freistellung	84
e.	Aufgaben der JAV (§ 65 PersVG)	84
f.	Schutz der JAV-Mitglieder	85
aa.	Begründung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses	85
bb.	Formale Voraussetzung für eine Beendigung des unbefristeten Arbeitsverhältnisses	87
cc.	Materielle Voraussetzungen für eine Beendigung des unbefristeten Arbeitsverhältnisses	88
4.	Gesamt-JAV (§ 68 PersVG)	90
5.	Haupt-JAV (§ 69 PersVG)	91
D.	Beteiligungsrechte	93
I.	Allgemeine Beteiligungsrechte	93
1.	Monatsgespräch (§ 70 Abs. 1 PersVG)	93
2.	Allgemeine Aufgaben (§ 72 PersVG)	94
a.	Maßnahmen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen, zu beantragen (§ 72 Abs. 1 Nr. 1 PersVG)	94
b.	Überwachungsrecht (§ 72 Abs. 1 Nr. 2 PersVG)	94
c.	Entgegennahme von Anregungen und Beschwerden (§ 72 Abs. 1 Nr. 3 PersVG)	95
d.	Eingliederung Schwerbehinderter (§ 72 Absatz 1 Nr. 4 und 5 PersVG)	95
e.	Eingliederung ausländischer Dienstkräfte (§ 72 Abs. 1 Nr. 6 PersVG)	96
f.	Zusammenarbeit mit der JAV (§ 72 Abs. 1 Nr. 7 PersVG)	97
g.	Vertretung in Verwaltungsräten (§ 72 Abs. 1 Nr. 8 PersVG)	97
h.	Chancengleichheit von Männern und Frauen (§ 72 Abs. 1 Nr. 9 PersVG)	97
i.	Sexuelle Identität (§ 72 Abs. 1 Nr. 10 PersVG)	97
k.	Beteiligung an Prüfungen (§ 72 Abs. 2 PersVG)	97
3.	Informationsrecht (§ 73 Abs. 1 PersVG)	98
a.	Informationsanspruch	98
b.	Informationsbeschaffungsrecht	101
II.	Besondere Beteiligungsrechte	102
1.	Mitbestimmung (§ 79 PersVG)	102
a.	Gegenstand eines Mitbestimmungsverfahrens	102
b.	Zeitpunkt des Mitbestimmungsverfahrens	104

c.	Antrag auf Zustimmung und Äußerungsfrist	104
d.	Verweigerung der Zustimmung	107
e.	Fiktion	108
f.	Verfahren bei Nichteinigung (§§ 80 und 81 PersVG) . . .	109
2.	Mitwirkung (§ 84 PersVG)	111
3.	Initiativrecht (§ 79 Abs. 4 PersVG)	112
4.	Dienstvereinbarung (§ 74 PersVG)	112
E.	Mitbestimmungsangelegenheiten	115
I.	Allgemeine Angelegenheiten (§ 85 PersVG)	115
1.	Tägliche Arbeitszeit (§ 85 Abs. 1 Nr. 1 PersVG)	115
2.	Mehrarbeit und Überstunden (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 PersVG) . .	116
3.	Auszahlung der Bezüge und Arbeitsentgelte (§ 85 Abs. 1 Nr. 3 PersVG)	117
4.	Aufstellung und Änderung des Urlaubsplanes (§ 85 Abs. 1 Nr. 4 PersVG)	118
5.	Durchführung der Berufsausbildung und Umschulung bei Arbeitnehmern (§ 85 Abs. 1 Nr. 5 PersVG)	118
6.	Ordnung der Dienststelle (§ 85 Abs. 1 Nr. 6 PersVG)	119
7.	Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen (§ 85 Abs. 1 Nr. 7 PersVG)	120
8.	Errichtung, Verwaltung und Auflösung von Sozialeinrichtungen (§ 85 Abs. 1 Nr. 8 PersVG)	121
9.	Aufstellung von Sozialplänen (§ 85 Abs. 1 Nr. 9 PersVG) . .	122
10.	Fragen der Lohngestaltung (§ 85 Abs. 1 Nr. 10 PersVG) . . .	122
11.	Grundsätze über die Bewertung von anerkannten Vorschlägen im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens (§ 85 Abs. 1 Nr. 11 PersVG)	123
12.	Gestaltung der Arbeitsplätze (§ 85 Abs. 1 Nr. 12 PersVG) . .	123
13.	Einführung und Anwendung von Überwachungsmaßnahmen (§ 85 Abs. 1 Nr. 13 PersVG)	124
14.	Allgemeine Fragen der Fortbildung der Dienstkräfte (§ 85 Abs. 2 Nr. 1 PersVG)	125
15.	Hebung der Arbeitsleistung und Erleichterung des Arbeitsablaufes (§ 85 Abs. 2 Nr. 2 PersVG)	126
16.	Durchführung der Fortbildung von Dienstkräften (§ 85 Absatz 2 Nr. 3 PersVG)	127
17.	Bestellung von Vertrauens- und Betriebsärzten (§ 85 Abs. 2 Nr. 4 PersVG)	128
18.	Inhalt von Personalfragebogen (§ 85 Abs. 2 Nr. 5 PersVG) . .	128
19.	Beurteilungsrichtlinien (§ 85 Abs. 2 Nr. 6 PersVG)	129

20.	Erlass von Trageordnungen für Dienstkleidung (§ 85 Abs. 2 Nr. 7 PersVG)	130
21.	Verarbeitung personenbezogener Daten (§ 85 Abs. 2 Nr. 8 PersVG)	130
22.	Einführung neuer Arbeitsmethoden im Rahmen der Informations- und Kommunikationstechnik (§ 85 Abs. 2 Nr. 9 PersVG)	131
23.	Einführung betrieblicher Informations-, und Kommunikationsnetze (§ 85 Abs. 2 Nr. 10 PersVG)	131
II.	Gemeinsame Angelegenheiten (§ 86 PersVG)	132
1.	Gewährung von Unterstützungen und sozialen Zuwendungen (§ 86 Abs. 1 Nr. 1 PersVG) und Vorschüssen (86 Abs. 1 Nr. 2 PersVG)	132
2.	Verschickung von Dienstkräften (§ 86 Abs. 1 Nr. 3 PersVG)	132
3.	Regress (§ 86 Abs. 1 Nr. 4 PersVG)	132
4.	Zuweisung und Kündigung von Wohnungen (§ 86 Abs. 1 Nr. 5 PersVG)	134
5.	Zuweisung von Pachtland (§ 86 Abs. 1 Nr. 6 PersVG)	134
6.	Versetzung, Umsetzung, Abordnung und Zuweisung (§ 86 Abs. 3 Nrn. 1 bis 3 a PersVG)	134
a.	Versetzung (§ 86 Abs. 3 Nr. 1 PersVG)	135
b.	Umsetzung (§ 86 Abs. 3 Nr. 2 PersVG)	137
c.	Abordnung (§ 86 Abs. 3 Nr. 3 PersVG)	138
d.	Zuweisung	139
e.	Abweichende gesetzliche Definitionen	139
7.	Versagung oder Widerruf einer Nebentätigkeits- genehmigung (§ 86 Abs. 3 Nr. 4 PersVG)	140
8.	Anordnungen, welche die freie Wahl der Wohnung beschränken (§ 86 Abs. 3 Nr. 5 PersVG)	140
9.	Bestellung und Abberufung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit (§ 86 Abs. 3 Nr. 6 PersVG)	141
III.	Arbeitnehmer (§ 87 PersVG)	141
1.	Einstellung (§ 87 Nr. 1 PersVG)	141
a.	Eingliederung	142
b.	Beachtliche Einwendungen	143
aa.	Eignung	143
bb.	Rechtsfehler	144
cc.	Benachteiligung anderer Bediensteter	145
dd.	Vorstellungsgespräch	145
ee.	Informationsrecht	145
c.	Eingruppierung	146

2.	Übertragung einer höher (§ 87 Nr. 2 PersVG) oder einer niedriger (§ 87 Nummer 5 PersVG) zu bewertenden Tätigkeit	147
3.	Gewährung von Leistungs- und Funktionszulagen (§ 87 Nr. 3 PersVG)	148
4.	Höhergruppierung (§ 87 Nr. 4 PersVG) und Herabgruppierung (§ 87 Nr. 6 PersVG)	149
5.	Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus (§ 87 Nr. 7 PersVG)	150
6.	Kündigung (§ 87 Nr. 8 PersVG)	150
	a. Das Beteiligungsverfahren erstreckt sich auf alle Arten von Kündigungen:	151
	b. Informationspflicht	151
	c. Ablehnungsgründe	152
IV.	Beamte	153
1.	Einstellung (§ 88 Nr. 1 PersVG)	153
2.	Verlängerung der Probezeit (§ 88 Nr. 2 PersVG)	155
3.	Vorschläge für die Benennung von Schulleitern (§ 88 Nr. 4 PersVG)	155
4.	Beförderung (§ 88 Nr. 5 PersVG)	156
5.	Laufbahnwechsel und Wechsel des Laufbahnzweiges (§ 88 Nr. 6 PersVG)	157
6.	Übertragung einer höher oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit (§ 88 Nr. 7 PersVG)	158
	a. Höherwertiger Dienstposten	158
	b. Niedriger zu bewertende Tätigkeit	159
	c. Vorübergehende Übertragung	160
7.	Ablehnung von Anträgen nach § 54 LBG (§ 88 Nr. 8 PersVG)	160
8.	Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand (§ 88 Nr. 9 PersVG)	161
9.	Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand (§ 88 Nr. 10 PersVG)	161
10.	Entlassung von Beamten auf Probe oder Widerruf (§ 88 Nr. 11 PersVG)	162
11.	Rücknahme der Ernennung (§ 88 Nr. 12 PersVG)	163
V.	Besondere Dienstkräfte (§ 89 PersVG)	164
1.	Entscheidungen, die Dienstkräfte mit vorwiegend wissenschaftlicher oder künstlerischer Tätigkeit betreffen (§ 89 Abs. 1 PersVG)	164
	a. Wissenschaftliche Tätigkeit	164
	b. Künstlerische Tätigkeit	164
	c. Vorwiegende Ausübung	165

2.	Mitbestimmungsrecht entfällt (§ 89 Abs. 2 PersVG)	165
a.	Höhere Besoldungsgruppe	165
b.	Leiter der Dienststelle	166
F.	Mitwirkungsangelegenheiten (§ 90 PersVG).	169
I.	Verhältnis von Mitbestimmungs- und Mitwirkungs- tatbeständen	169
II.	Mitwirkungstatbestände	169
1.	Erlass von Verwaltungsvorschriften (§ 90 Nrn. 1 und 2 PersVG)	169
a.	Norminterpretierende Verwaltungsvorschriften	170
b.	Ermessensbindende Verwaltungsvorschriften	170
c.	Rechtsverordnungen	170
d.	Verwaltungsvorschriften über die personelle Auswahl (§ 90 Nr. 1 PersVG)	170
e.	Verwaltungsvorschriften für innerdienstliche u. a. Angelegenheiten (§ 90 Nr. 2 PersVG)	171
2.	Einführung grundlegender neuer Arbeitsmethoden (§ 90 Nr. 3 PersVG)	171
3.	Veränderungen von Dienststellen und wesentlichen Teilen von ihnen (§ 90 Nr. 4 PersVG)	172
4.	Anmeldung für Dienstkräfte zum Haushaltsplan (§ 90 Nr. 5 PersVG)	172
5.	Ausschreibung freier Stellen (§ 90 Nr. 6 PersVG)	173
6.	Abgabe von dienstlichen Beurteilungen (§ 90 Nr. 7 PersVG)	174
7.	Disziplinarverfügungen und Disziplinar Klage (§ 90 Nummer 8 PersVG)	176
8.	Einstellung von Personen nach SGB (§ 90 Nrn. 9 und 10 PersVG)	176
G.	Gerichtliches Verfahren	177
I.	Das Gericht	177
II.	Prozessordnung	177
III.	Objektives Verfahren	177
IV.	Antragstellung	178
1.	Feststellungsantrag	178
2.	Verpflichtungsantrag	179
V.	Untersuchungsgrundsatz (§ 83 Abs. 1 ArbGG)	179
VI.	Zweite Instanz	179
1.	Beginn der Rechtsmittelfrist	179
2.	Vertretung	180
3.	Beschwerdebefugnis	180
VII.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	180

Gesetzestexte	187
Personalvertretungsgesetz Berlin (PersVG)	187
Wahlordnung zum Personalvertretungsgesetz (WO)	231
Auszug aus dem Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG)	249
Literaturverzeichnis	253
Stichwortverzeichnis	255